

Sebastian Carlens

(jW 14.07.2016)

Gaucks letzter Wille

Bundeswehr-»Weißbuch« greift Präsidentenforderung nach »mehr Verantwortung« auf. Auch Militäreinsätze im Innern sind vorgesehen

Zehn Jahre nach Veröffentlichung des letzten sogenannten Weißbuches hat die Bundesregierung am Mittwoch in Berlin ihre aktuellen Leitlinien zur Militärpolitik vorgelegt. Das federführend vom Verteidigungsministerium unter Ursula von der Leyen (CDU) erarbeitete Dokument soll »die veränderte sicherheitspolitische Lage« der BRD berücksichtigen. Damit wird eine Strategie fortgeführt, die Bundespräsident Joachim Gauck und Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) in den letzten Jahren maßgeblich vorangetrieben haben.

Das neue Weißbuch liest sich wie das Vermächtnis des scheidenden Bundespräsidenten. Mit den Worten Gaucks, die er auf der »Münchner Sicherheitskonferenz« 2014 nutzte, bekennt sich die Bundesregierung zu einer »stärkeren globalen Verantwortung Deutschlands« und erklärt ihren Willen, international eine »Führungsrolle« zu übernehmen. Neben der Eskalation des Konfliktes mit Russland, an der Deutschland als NATO-Mitglied führend beteiligt ist, benennt das Dokument künftige Verteilungskämpfe um Rohstoffe und Absatzmärkte als entscheidende Auseinandersetzungen der Zukunft.

Die BRD sei »ein wirtschaftlich starkes Land«, heißt es im Weißbuch. Jedoch, »perspektivisch wird Deutschland gleichwohl seine Stellung als weltweit viertgrößte Wirtschaftsmacht einbüßen. Die Volkswirtschaften aufstrebender Mächte in Asien und Lateinamerika werden nach heutigem Ermessen in den kommenden Jahren das deutsche (...) Bruttoinlandsprodukt überholen«, vermuten die Autoren. Daher komme es »auf gesicherte Versorgungswege, stabile Märkte sowie funktionierende Informations- und Kommunikationssysteme« an. Dies wird von der deutschen Regierung in erster Linie als militärisch zu lösendes Problem betrachtet.

Die Bundeswehr als entscheidendes Instrument deutscher Großmachtspolitik soll dafür »gestärkt« werden. Statt Kürzungen verlangten »unser Gestaltungsanspruch, die zahlreichen Krisenherde in der europäischen Nachbarschaft und darüber hinaus, aber auch die gestiegenen Erwartungen an die außen- und sicherheitspolitische Rolle Deutschlands (...) eine Trendwende«. Ein in der regierenden Koalition umstrittener Einsatz der Bundeswehr im Innern wird zwar nicht in der Verfassung festgeschrieben werden. Dafür interpretiert das neue »Weißbuch« das Grundgesetz einfach so, als wäre eine Erlaubnis bereits gegeben: Soldaten sollen bei »großangelegten Terrorangriffen« ausrücken können – was das ist, bleibt Sache der politischen Definition, und die ist stets dehnbar. So könnten etwa auch Streiks dazu gerechnet werden ... Sogar gemeinsame Übungen mit der Polizei sind geplant. Die NATO ist auch zukünftig wesentlicher Bestandteil deutscher Militärdoktrin. Die BRD könne hier »in Vorleistung« gehen, kündigt das Papier an. Die »Beteiligung an der nuklearen Abschreckung« mittels NATO-Strukturen wird demnach fortgesetzt.

Die Linken-Verteidigungsexpertin Christine Buchholz kritisierte die avisierten »defensiven und offensiven Hochwertfähigkeiten« im Cyberraum: Das sei genau die Vermischung von Militärischem und Zivilem, die Russland ständig vorgeworfen werde. »Das neue Weißbuch ist nichts anderes als die zu Papier gebrachte Forderung nach mehr Geld für mehr Soldaten, mehr Militäreinsätze und mehr Kriegsgerät«, so Buchholz.

Die »Kooperation für den Frieden« kritisierte am Mittwoch den Text der Regierung als

»friedensgefährdend und konfrontativ, besonders gegenüber Russland«. Die Aktivisten fordern, »am absoluten Primat des Friedens, einer Absage an Krieg« und am Völkerrecht festzuhalten. Hoffnung gebe es dank einer »militärkritischen Grundstimmung in der Bevölkerung«.

Arnold Schölzel

(jW 11.07.2016)

Friedenszerstörer Nr. 1

NATO-Gipfel in Warschau macht Russland offiziell zum Hauptfeind und beschließt Abschreckung, neue Atomwaffen und Raketenabwehr

Beim NATO-Gipfel in Warschau am Freitag und Sonnabend wurde ein historisches Ziel der Allianz erreicht. Die Staats- und Regierungschefs der 28 Mitgliedstaaten vollzogen offiziell die Rückkehr zur Strategie des Kalten Krieges. An die Stelle der Sowjetunion trat Russland als Hauptfeind. Kernpunkte der Konfrontation sind Abschreckung durch eine Politik der militärischen Stärke an der russischen Westgrenze, eine fälschlich als Modernisierung bezeichnete Einführung neuer atomarer Waffensysteme sowie die Inbetriebnahme einer Raketenabwehr. Gearbeitet wird an den Punkten schon seit Jahren.

Die Beschlüsse im einzelnen:

Punkt eins »Abschreckung«: Die Gipfelteilnehmer verständigten sich darauf, jeweils ein Bataillon mit etwa 1000 Soldaten in Polen, Lettland, Litauen und Estland zu stationieren. Die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* berichtete allerdings, dass Militärfachleute »mit einer bis zu doppelt so hohen Zahl rechnen«. US-Präsident Barack Obama habe am Freitag in Warschau bekanntgegeben, dass »das Hauptquartier einer weiteren amerikanischen Kampfbrigade in Polen errichtet wird«. Washington hatte im März angekündigt, dass es eine dritte, gepanzerte Brigade nach Europa bringen werde. Über den Stationierungsort wird noch mit der polnischen Regierung verhandelt. Die Bundeswehr ist für den Aufmarsch fest eingeplant. Sie soll mit mehreren hundert Soldaten den Verband in Litauen anführen.

Punkt zwei neue Atomwaffen: Das Abschlusskommuniqué hebt die Bedeutung nuklearer Waffen hervor, ohne Russland zu erwähnen und ohne konkret auf die NATO-Planungen einzugehen. Diese sehen u. a. vor, ab 2020 den neuen Atombombentyp B61-12 auch in Europa zu stationieren. Er kann von allen Trägerflugzeugen der Mitgliedsstaaten abgeworfen werden. In der Warschauer Erklärung heißt es, vor allem die Atomwaffen der USA stellen die »wichtigste Garantie für die Sicherheit der Verbündeten« dar. Das erfordere »planerische Leitung kombiniert mit den Anforderungen des 21. Jahrhunderts«.

Punkt drei Raketenabwehr: Der Gipfel feiert das Erreichen der »Anfangsoperationsfähigkeit« auf diesem Gebiet als »Meilenstein«. Das im rumänischen Deveselu kürzlich installierte landgestützte »Aegis«-System, die geplanten in der Türkei und in Polen sowie die im US-Marinestützpunkt Rota in Spanien auf vier Schiffen montierten »Aegis«-Systeme stellen »operationell« einen »wichtigen Schritt« dar. Die Raketenabwehr richte sich »nicht direkt gegen Russland«.

Der Gipfel beschloss außerdem u. a. die Verlängerung der Truppenstationierung in Afghanistan, den Einsatz von AWACS-Aufklärungsflugzeugen zur Überwachung des Luftraumes über Syrien und dem Irak, die Teilnahme an der EU-Marineoperation vor Libyen.

Das russische Außenministerium erklärte dazu am Sonntag: »Die Allianz konzentriert ihre Kräfte darauf, eine nicht existierende ›Gefahr aus dem Osten einzudämmen«. Mit einer »Dämonisierung« Russlands lenke die NATO von ihrer destruktiven Rolle in der Welt ab und halte Spannungen in verschiedenen Regionen der Welt aufrecht. Die Teilnehmer eines Gegengipfels der internationalen Friedensbewegung kritisierten das NATO-Treffen ebenfalls scharf. An einer Protestdemonstration in

Warschau beteiligten sich am Sonnabend mehrere hundert Menschen, darunter Bundestagsabgeordnete der Partei Die Linke.